

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungshändlern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugpreis monatl. (rei Haus 2,50 M., halbjährlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redak.: Mi. Mittwochs 10-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 3. November 1928 Nummer 258

Machtprobe im Ruhrkampf

Die Kampfstimmung steigt / Kommunistische Aufklärungsarbeit schlägt Bresche / Unternehmer fordern Verschärfung der Schlichtungsfessel / Vergebliche Verwirrungsmanöver der Volkszeitung / Abrechnung mit der Niederlagenstrategie

Die Opposition stößt vor

Die Kruppischen Vorkarbeiter lehnen Streikbruch ab — Massenveranstaltungen der KPD

Essen, 3. Nov. (Eig. Drahtmeldung.)
Die Schwindelmedien der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, daß die ausgesperrten Metallarbeiter den von der Opposition und der KPD aufgestellten Forderungen ablehnend gegenüberstehen, werden durch die Tatsachen Lügen gestraft. In den Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen werden die oppositionellen Kräfte mit allen Mitteln des Terrors am Sprechen zu verhindern gesucht. Die christliche und reformistische Bureaufratte arbeitet dabei Hand in Hand. In mehreren Städten, in Wülfrath, Dortmund und anderen, erzwangen die Arbeiter aber, daß die Redner der Opposition, auch wenn sie dem Betrieb nicht angehören, sprechen durften. Ihre Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall. In der Aussprache wurden die Forderungen der Opposition unterstützt. Christliche Arbeiter wandten sich insbesondere gegen die Vorschläge des Verbandes, daß die Belegschaftsmitglieder sich unter Führung der Betriebsräte zur Arbeitsaufnahme melden sollten. Unorganisierte forderten den gemeinsamen Kampf für die ursprünglich aufgestellten Forderungen von 15 Pfennig Lohnerhöhung und des Achtstundentages. Sie forderten die Bildung von Kampfleitungen.

In den meisten Städten des Ruhrgebietes fanden gestern von der kommunistischen Partei einberufene öffentliche Versammlungen und Kundgebungen statt, die fast durchweg überfüllt waren. In Bochum demonstrierten 5000 Metallarbeiter für die Forderungen der KPD, die gestern der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet wurden. Sowohl die Anträge der KPD als auch die der SPD wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

In den Krupp-Betrieben in Essen haben gestern auch die Vorkarbeiter den Betrieb verlassen. Sie lehnen jede Streikbrecherarbeit ab. In anderen Betrieben werden die Angestellten zu Notstandsarbeiten, das heißt Streikbrecherarbeiten veranlaßt. Dennoch nimmt die Bewegung zu. Insbesondere beginnen die Arbeiter die Diskussion der über die mit dem Kampf untrennbar verbundenen Forderung der Unternehmer auf Verschärfung der Schlichtungsfessel gegen die Arbeiterschaft mehr und mehr zu einer Kampffrage gegen das Schlichtungsodikt des kapitalistischen Staates zu machen. Der Einfluß der kommunistischen Aufklärungsarbeit macht sich immer stärker bemerkbar.

Hinter verschlossenen Türen

Arbeiter! Augen auf!
Berlin, 3. Nov. (Eig. Drahtmeldung.)
Wie die Rössische Zeitung erfährt, sind bereits die Verhandlungen zwischen den Beteiligten im Gange, um zunächst einmal den alten Konflikt aus der Welt zu schaffen und da es möglich ist, daß sie zu keinem Ergebnis führen, noch gestern das Arbeitsgericht über die Einlegung der Verbindlichkeitsurteilung entscheiden dürfte.

Der Vorwärts bestreitet diese Nachricht, betont aber, daß die Gewerkschaften selbstverständlich jederzeit bereit sind, mit den Unternehmern über die Wiederaufnahme der Arbeit in Verhandlungen zu treten.

Massenkundgebungen

Essen, 3. Nov. (Eig. Drahtmeldung.)
Die den Vereinigten Stahlwerken gehörige Zeche Tromowitz ist stillgelegt worden, ebenso die dem Hochtiefen gehörige Zeche Kallertkuhl 1 und 2. Weitere Feierschichten und Stilllegungen im Ruhrbergbau stehen bevor.

Siegen, 3. Nov. (Eig. Drahtmeldung.)
Die Vereinigten Stahlwerke haben 40 Mann Belegschaft ihrer Grube gefeuert. Auch die übrigen Gruben des Siegerlandes werden stillgelegt werden oder Feierschichten stehen bevor.

Der Kampf um die Arbeitslosenunterstützung

Berlin, 3. Nov. (Eig. Drahtmeldung.)
Der Spruchsenat der Reichsanstalt für Arbeitslosenunterstützung wird voraussichtlich heute noch darüber eine Entscheidung fällen, ob Aussperrung oder Arbeitslosigkeit vorliegt und den ausgesperrten Metallarbeitern Arbeitslosenunterstützung gewährt werden soll.

Die Unternehmer haben den Arbeitämtern eine offizielle Anzeige erstattet, daß die Kündigung der Metallarbeiter zum „Zwecke der Aussperrung“ erfolgt sei, um eine Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung zu hinterziehen.

Der Kriegsschauplatz

Das rheinische Industriegebiet, in dem jetzt der Kampf tobt, Das Aussperrungsgebiet beginnt in Düsseldorf, zieht sich dann weiter nördlich nach Duisburg, Ruhrort, Mülheim, Oberhausen, Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund und geht dann über die Städte Anna, Kamen noch ein Stück weiter nördlich.



Der Volksstaat entlarvt den neuen Panzerkreuzerschwindel der SPD

„Am Tag der Wahlurnen (über den SPD-Krieg auf Einleitung des Laues des Panzerkreuzers A — D. Red.) wird die größte Gasse, daß alle Kämpfer auf zur Stelle sind, um den sozialdemokratischen Antrag zu Fall zu bringen, vermutlich von der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt.“

H. J. Das Volksbegehren ist vorüber. Den vereinten Anstrengungen der Bürgerlichen wie der SPD, der Sozialdemokratischen Partei, dem Terror in allen Teilen des Reiches und nicht zuletzt der infamen Verleumdungskampagne gegen die KPD und die Sowjetunion, ist es gelungen, das zahlreichste Ergebnis der Einzeichnungen herabzubringen. Daß die Aktion gegen den Bau des Panzerkreuzers und gegen die durch ihn vor aller Öffentlichkeit bewiesene Aufstellungspolitik des sozialdemokratischen Reichskabinetts für den deutschen Imperialismus damit nicht zu Ende ist, ist selbstverständlich. Bei allen Mängeln hat die Volksbegehren-Aktion den großen politischen Erfolg gehabt, die Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und die Rolle der SPD als der Trägerin dieser Kriegspolitik in einer solchen Breite aufzurufen, wie das vorher nicht möglich war.

Diese Agitation hört mit dem Ende des Volksbegehrens nicht auf. Im Gegenteil, ihre Auswirkungen in den Reihen der SPD-Arbeiter sind trotz aller Scheitern äußeren Ruhe noch lange nicht beendet. Der Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Panzerkreuzerpolitik ihrer Minister ist noch wie vor lebendig.

Es war dieser Widerstand, der noch während des Volksbegehrens die SPD zwang, für die Wiederöffnung des Reichstages einen Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers A anzukündigen. Inzwischen ist dieser Antrag eingeleitet und wird am 15. November vor dem Reichstag zur Behandlung stehen. Es war nicht das schlechteste Argument der sozialdemokratischen Führer, wenn sie ihre Ablehnung des Volksbegehrens den Arbeitern gegenüber mit diesem Antrag begründeten. Viele, insbesondere Kleinbürgerliche Wähler der SPD, die wohl gegen den Panzerkreuzerbau eingestellt sind, aber eine unheimliche Scheu haben, eine Aktion zu unterstützen, die den Namen der kommunistischen Partei trägt, beruhigten ihr Gewissen damit, die SPD werde ja selbst im Reichstag den Panzerkreuzerbau noch verhindern. Es hat genug sozialdemokratische Arbeiter gegeben, die nur in dieser Voraussetzung, wenn auch wider-

Unternehmerfrechheit

Berlin, 3. Nov. (Eig. Drahtmeldung.)
Die Unternehmer erlassen eine Erklärung, in der es heißt, der Schlichtungsdruck habe der äußerst schwierigen Lage in der Eisenindustrie nicht Rechnung getragen. Bisher hätten nur die Arbeiter die Früchte der Nationalisierung gemerkt. Ungenügende zum Beispiel erzielt in Berlin einen durchschnittlichen Monatslohn von 231 Mark (!). Ein Kommentar zu dieser Unverschämtheit erübrigt sich.

willig, sich dem Verbot ihrer Führer auf Beteiligung am Volksbegehren gefügt haben.

Und nun also steht dieser famose Antrag auf der Tagesordnung der Reichstagsfraktion. Wir Kommunisten haben den Arbeitern von Anfang an gesagt, daß auf diesen SPD-Antrag gerade das zutrifft, was die SPD den Kommunisten im Volksbegehren vorwarf, daß es sich nämlich um ein durch und durch unehrliches Manöver handele. Wir brauchen dafür kaum den Beweis aus einem Artikel des sozialdemokratischen Pressebüros aus den letzten Tagen anzuführen, in dem es heißt:

„Wird unser Antrag abgelehnt, so tut sich natürlich für uns die Frage auf, ob wir trotzdem in der Regierung bleiben können, d. h. ob wir, weil wir in einer Einzelfrage in die Minderheit gedrängt sind, deshalb auf die Ausübung der Möglichkeiten, als Mitglieder der Regierung Vorteile für die Arbeiterklasse herauszuholen, verzichten sollen.“

Soll man zum Überflus noch die Germania zitieren, die meint, man könne sich vorstellen, es komme der Sozialdemokratie in erster Linie darauf an, den Antrag überhaupt eingebracht zu haben?

Es genügt, das oben wiedergegebene Zitat des Pressebüros zusammenzuhalten mit der kategorischen Erklärung der vorkommunistischen Deutschen Allgemeinen Zeitung, daß der Antrag „die schwerste Gefahr der Koalitionsverhandlungen“ bedeute, um zu wissen, daß die neugebackenen sozialdemokratischen Minister lieber alles schänden werden als die Gefahr einer Regierungskrise und des Verlustes ihrer Ministerfessel zu riskieren.

Aber sie sind eben in einer peinlichen Lage. Irgendeine Geste, und sei es die lächerlichste, muß gemacht werden, um die eigenen Mitglieder zu beruhigen. Und wieder einmal ist es der Volksstaat, sind es die Alten Sozialdemokraten, die mit einer erschütternden Offenheit die ganze Verlogenheit dieses Verwirrungsmanövers enthüllen. Am 2. November schrieb der Volksstaat:

„Dem Parteivorstand der Sozialdemokratie steht immer noch der Scheit über die Panzerkreuzerpolitik der eigenen Mitgliedschaft in den Gliedern. Um sich wieder was zu wischen, muß die Fraktion in der ersten Reichstagsfraktion nach den Ferien einen Antrag auf Einstellung des Schiffbaues einbringen. Wir können selbst die Redakteure unserer sozialistischen Blätter nicht so dumm sein, um von ihnen zu